

Veranstaltung:	Landtagswahl 2022 - Wahlprüfsteine
Anrede:	Herr
Name:	PD Dr. Frank Siegmund
E-Mail-Adresse:	frank.siegmund@dguf.de
Zeitpunkt:	20.02.2022 17:56
Telefonnummer:	0251-92779899
Institution:	DGUF - Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V.
Frist für die Antwort*1:	15.04.2022
<p>*1 Wir sind bemüht Fristen einzuhalten, können dies aber aufgrund der Menge der Anfragen nicht verbindlich zusagen.</p>	
<p>Ihre Wahlprüfsteine</p>	
Wahlprüfstein 1:	<p>Archäologische Maßnahmen in den Braunkohletagebauen werden nicht nach Verursacherprinzip behandelt. Die DGUF drängt darauf, dass auch im Revier das Verursacherprinzip angewendet wird. Was wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode diesbezüglich tun?</p> <p>Bezüglich dieser Frage wurde in den vergangenen Jahren intensiv mit allen Beteiligten diskutiert. Mehrheitlich ist man zu der Überzeugung gelangt, dass die Anwendung des Verursacherprinzips bei Bodendenkmälern für den Braunkohletagebau nicht angewendet werden soll. Die negativen wirtschaftlichen Folgen für die abbauenden Unternehmen und hinsichtlich der Versorgungssicherheit des Energieträgers Braunkohle, wurden im Abwägungsprozess höher bewertet, als die nachteiligen Folgen für den Bodendenkmalschutz. Die SPD hat deshalb dazu keine politischen Initiativen geplant.</p>
Wahlprüfstein 2:	<p>NRW-Denkmalfachämter verlangen Nutzungsrechte an Grabungsdokumentationen, die im Auftrag Dritter von Fachfirmen ausgeführt werden. Wie denkt Ihre Partei: Soll diese Rechteübertragung exklusiv erfolgen (alle Rechte beim Denkmalfachamt), oder nicht-exklusiv (Amt & Urheber haben Nutzungsrechte)?</p> <p>Da es sich um eine komplizierte Rechtsfrage handelt, müsste diese im Rahmen einer Expertenanhörung detailliert erörtert werden. Die SPD verfolgt in dieser Hinsicht derzeit keine politische Initiative.</p>
Wahlprüfstein 3:	<p>Die Landesregierung hat eine Novelle des DSchG NRW eingebracht. Sie will die Organisation des Denkmalschutzes gravierend verändern und dabei den Fachämtern für Baudenkmalpflege erheblich Einfluss nehmen. Wird Ihre Partei diese Pläne weiterführen oder die bisherigen Strukturen beibehalten?</p>

	<p>Die SPD hat den Gesetzentwurf der Landesregierung im Plenum abgelehnt, weil er nicht primär denkmalpflegerischen Aspekten folgt. Das betrifft den Abbau von Denkmalschutz und Denkmalpflege, die unzureichende Beteiligung der Landschaftsverbände, als den Kompetenzzentren für diesen Bereich in NRW und die kulturpolitisch nicht tragbare Umdefinition von Baudenkmalern in profane bauliche Anlagen. Um nur einige Aspekte zu nennen. Die SPD ist der Auffassung, dass sich das DSchG der 80er Jahre grundsätzlich bewährt hat. Es muss nur denkmal- und kulturpolitisch angemessen fortentwickelt werden.</p>
Wahlprüfstein 4:	<p>Die vorliegende Novelle DSchG NRW gesteht Kirchen und Religionsgemeinschaften eine Sonderrolle zu und räumt ihnen weit mehr Rechte als anderen Denkmaleigentümern ein. Wie denkt Ihre Partei darüber?</p> <p>Die SPD hat den Gesetzentwurf der Landesregierung im Plenum grundsätzlich abgelehnt, weil er nicht primär denkmalpflegerischen Aspekten folgt. Zur Fortentwicklung eines bedarfsgerechten Denkmalschutzes wollen wir mit allen relevanten Akteuren gemeinsam eine Lösung finden. Dazu gehört auch die Klärung der Frage, ob es Sonderrechte für einzelne gesellschaftlich relevante Gruppen, wie Glaubensgemeinschaften, geben soll.</p>
Wahlprüfstein 5:	<p>Nachdem der seit 1980 gesetzl. vorgesehene Landesdenkmalrat nie eingerichtet wurde, soll mit der akt. Novelle DSchG NRW ein überbordend großer Denkmalrat eingesetzt werden, mit gesetzlich fest definierter und inhaltlich fragwürdiger Zusammensetzung. Was plant Ihre Partei zum Thema Landesdenkmalrat?</p> <p>Das bisherige DSchG hat schon immer die Möglichkeit geboten, einen Denkmalrat einzusetzen. Insofern bedarf es keiner Veränderung, sondern lediglich einer Umsetzung. Die von der CDU/FDP-Landesregierung vorgeschlagene Zusammensetzung eines neuen Denkmalarates halten wir nicht für Ziel führend. Die SPD hat den Gesetzentwurf der Landesregierung, der in den letzten Wochen der Legislaturperiode durch das Parlament gepeitscht wurde, grundsätzlich abgelehnt.</p>
Wahlprüfstein 6:	<p>Die DGUF fordert - nach den guten Erfahrungen im Natur- und Umweltschutz - die Einführung des Verbandsklagerechts im Denkmalschutz. Damit wäre mehr bürgerliche Mitwirkung möglich, ggf. könnten NGOs aber auch gegen Vollzugsdefizite von Behörden vorgehen. Wie denkt Ihre Partei darüber?</p> <p>Diese Frage ist im Rahmen von Expertengesprächen zu klären. Für die SPD ist es gegenwärtig am wichtigsten, dass die fachlichen Kompetenzen in den Landschaftsverbänden und Kommunen nicht umgangen bzw. entwertet werden. Auf Basis der Landesverfassung NRW sind diese Institutionen die wichtigsten Grundpfeiler für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege in NRW. Auch deshalb haben wir den Gesetzentwurf der Landesregierung abgelehnt.</p>

<p>Wahlprüfstein 7:</p>	<p>Gemäß üblicher Beauftragungen enden die Verursacherpflichten in NRW mit Ende einer Ausgrabung: Funde und Dokumentation werden archiviert, fertig. Laut Malta-Konvention gehört auch eine Basis-Publikation mit zu den Verursacherpflichten. Was plant Ihre Partei, um dieses Vollzugsdefizit zu beenden?</p> <p>Die SPD tritt für eine angemessene Fortentwicklung des Denkmalschutzes in NRW auf Basis der Gesetzgebung und Intension der 80er Jahre ein. In diesem Zusammenhang muss auch die von Ihnen gestellte Frage mit den relevanten Akteuren bei einer zukünftigen Änderung des DSchG detailliert erörtert werden.</p>
<p>Wahlprüfstein 8:</p>	<p>Die beiden Landschaftsverbände dominieren Kultur u. Museen. Museen in anderer Trägerschaft (z.B. Stiftungen) erhalten weniger Mittel - eine Wettbewerbsverzerrung, die durch die Corona-Pandemie verstärkt wurde. Würde ihre Partei diesem Verlust an kultureller Vielfalt entgegenwirken, und wenn ja: wie?</p> <p>Es handelt sich nach Auffassung der SPD um zwei verschiedene Finanzierungsstrukturen, da die Landschaftsverbände kommunal getragen werden. Insofern ist das nicht vergleichbar.</p>
<p>Sonstige Anmerkungen:</p>	